

Schriftführerin:

Frau Karin Klingner, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.11.2019**
- 3 Berichterstattung der Uni Potsdam**
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 Bürger*innenbeteiligung Terrassenhaus Nutheschlange
Vorlage: 19/SVV/1062
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung
Äa Fraktion DIE aNDERE
 - 4.2 Akteneinsicht Terrassenhaus Nutheschlange
Vorlage: 19/SVV/1138
Fraktion DIE aNDERE
zur Erledigung
 - 4.3 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde**
- 6 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 6.1 Durchfahrtsverbot für LKW
Vorlage: 19/SVV/1212
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
 - 6.2 Sachstand - Uferweg Speicherstadt
- 7 Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.11.2019

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese um den Tagesordnungspunkt „Informationen zum Ausschreibungstext für die Fachbereichsleitung 23“ (Bildung, Jugend und Sport) zu erweitern.

Auf die Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg kurz zum Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister zum Rechenzentrum zu informieren, sagt der Oberbürgermeister dies für Anfang Dezember an die Fraktionen zu.

Herr Keller bittet Frau Aubel um einen Bericht zum Seesportclub Strandbad Babelsberg.

Die so ergänzte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 13.11.2019 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei 2 Stimmenthaltungen.

zu 3 Berichterstattung der Uni Potsdam

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Professor Günther, Präsident der Universität Potsdam. Dieser erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den aktuellen Stand und die Perspektiven der Entwicklung der Universität Potsdam. Insbesondere nennt er die Kennzahlen der positiven Entwicklung, informiert zum Aufwuchs der Studierenden und Professuren, dem Ausbau des Lehramtsstudiums, führt zur Bauplanung am Neuen Palais, Griebnitzsee und Golm aus und nennt die Herausforderungen für die 2025 und folgende.

Anschließend beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, u.a. von Frau Armbruster zum Thema Sportplätze am Neuen Palais, von Herrn Keller

zum Studentischen Wohnen und von Herrn Walter bezüglich des Klima- und Umweltschutzes. Herr Teuteberg regt an, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes ein Sportflächenkonzept Hochschulsport vorzulegen sowie im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zum Thema ÖPNV und Taktverdichtung zu diskutieren. Die Verständnisfrage von Frau Dr. Laabs zu den Alternativen für die geplanten Sportstätten beantwortet Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, und ihre Frage, ob zum Ausbau der Unigebäude und Aufstockung des Personals auch Kindereinrichtungen geplant seien, beantwortet Herr Prof. Günther.

Im Weiteren bejaht Herr Prof. Günther die Fragen von Herr Dr. Scharfenberg zur Standfestigkeit der juristischen Fakultät und ob die Lehramtsstellen nachgefragt seien.

Der Oberbürgermeister lobt die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr und bedankt sich bei Herrn Prof. Grünther.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Bürger*innenbeteiligung Terrassenhaus Nutheschlange

Vorlage: 19/SVV/1062

Fraktion DIE LINKE

zur Erledigung

Äa Fraktion DIE aNDERE

Eingangs erörtert der Oberbürgermeister, dass letzten Freitag im Rahmen des Dialogs zwischen der ProPotsdam und der Bürgerinitiative Nutheschlange zwei Wege skizziert wurden.

Seitens der ProPotsdam gebe es die Wirtschaftlichkeitsberechnung, mit dem Ergebnis, dass eine Sanierung für das kommunale Unternehmen allein nicht leistbar sei. Da diese von der Bürgerinitiative angezweifelt werde, schlage die ProPotsdam vor, gemeinsam mit der Bürgerinitiative ein Erbpachtmodell für das Terrassenhaus zu entwickeln und ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept vorzulegen. Ziel eines solchen Eigentümer getragenen Modells könne der Erhalt des Terrassenhauses sein.

Sollte dieser Weg scheitern, bleibe nur der Abriss des Terrassenhauses und die Errichtung eines Neubaus mit 80 Wohnungen; von denen drei Viertel zu einem Quadratmeterpreis zwischen 5,50 und 7 Euro angeboten werden können.

Herr Dr. Scharfenberg hinterfragt das Angebot zum Erbpachtmodell sowie die Frist; dem schließen sich weitere Hauptausschussmitglieder an. Der Oberbürgermeister verweist auf den derzeitigen Rechtsstreit mit den Architekten. Ein Abriss werde demnach vorerst nicht erfolgen können. Die ProPotsdam benötige spätestens bis zum Sommer 2020 ein Signal „wo es hingehen solle“. Er verweist darauf, dass zwar Eile geboten sei, bei diesem sensiblen Thema sollte die Zeit bis zum Frühjahr genutzt werden, um alle Zweifel auszuräumen und Vertrauen sowie einen breiten Konsens zu schaffen. Dazu sei er gerne bereit.

Daraufhin bringt Herr Dr. Scharfenberg folgenden **Ergänzungsantrag** ein:

Für den Fall, dass die in Aussicht gestellte Erbpachtregelung nicht zum Tragen komme, wird der Oberbürgermeister beauftragt,

Frau Laabs merkt kritisch an, dass es die Bürgerinitiative in 2 – 3 Monaten nicht schaffen könne, den Erbbaupachtvertrag vorzulegen; dafür werde mehr Zeit benötigt. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass in der Zeit die Prüfung, ob das Projekt realisierbar ist, durchaus möglich sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zur Terminschiene, informiert der Oberbürgermeister, dass er in der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2019 dazu berichten werde.

Der Antrag wird mit der o.g. Ergänzung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Für den Fall, dass die in Aussicht gestellte Erbpachtregelung nicht zum Tragen komme, wird der Oberbürgermeister beauftragt, gemeinsam mit der ProPotsdam eine angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung für das geplante Bauvorhaben „Ersatz des Terrassenhauses der Nutheschlange im Wohngebiet Zentrum Ost“ vorzubereiten und durchzuführen.

In Vorbereitung darauf sind die Grundsätze des Entwurfes für den Neubau im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländliche Entwicklung vorzustellen und zu beraten.

Speziell sind folgende Aspekte dabei zu berücksichtigen:

- sozialpolitische Bilanz (bezahlbarer Wohnraum)
- Wohnqualität und Lärmschutz im Wohngebiet Zentrum Ost
- Städtebauliche und qualitative architektonische Aspekte
- Ersatz der entfallenen Stellplätze für KFZ einschließlich der Bedarfsdeckung der Neumieter
- Wirtschaftliche Auswirkungen auf die ProPotsdam
- Ökologische Folgen (Versiegelungsgrad, Begrünung, Kleinklima)
- Schutz der Interessen der benachbarten Anwohnenden während der Bauphase.

Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit sind von der Stadtverordnetenversammlung vor der finalen Entscheidung zum Neubauvorhaben zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.2 Akteneinsicht Terrassenhaus Nutheschlange
Vorlage: 19/SVV/1138
Fraktion DIE aNDERE
zur Erledigung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - auch in seiner Funktion als Vertreter in der Gesellschafterversammlung der städtischen Betriebe - beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass allen gewählten Stadtverordneten sämtliche Unterlagen, die den baulichen Zustand des Terrassenhauses der Nutheschlange aufzeigen, zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist spätestens im Dezember 2019 über den Sachstand zu unterrichten.

Frau Krusemark, Fachbereich Recht und Versicherungen, führt zum Akteneinsichtsrecht in Unterlagen von Unternehmen aus, dass nach § 97 Abs. 7 BbgKVerf der **Hauptausschuss** vom Oberbürgermeister jederzeit Auskunft verlangen könne, nicht aber eine Fraktion. Herr Heuer sowie Herr Friederich teilen ihre Bedenken; die schützenswerten Interessen der Gesellschaft seien zu wahren. Die Fraktion DIE aNDERE sei einerseits im Kreis der potentiellen Bewerber zur Erbbaupacht und andererseits Vertreter der Gesellschaft.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass nicht ohne Grund die Fraktionen Aufsichtsratsmitglieder entsenden können.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Frau Dr. Laabs beantragt die Vertagung dieses Antrages bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 15.01.2020.

Abstimmung:

Der Antrag auf **Vertagung** der DS 19/SVV/1138 wird

mit Stimmenmehrheit bestätigt,

bei 5 Gegenstimmen.

zu 4.3 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Der Oberbürgermeister fragt die Hauptausschussmitglieder, ob es seit dem Strategietag mit den Fraktionsvorsitzenden am vergangenen Samstag, Änderungen gebe.

Herr Teuteberg merkt kritisch an, dass in der Vergangenheit den Stadtverordneten bereits im Dezember der Haushaltsplanentwurf vorgelegt wurde, so dass sie beraten und im Anschluss im März des Folgejahres den Haushalt beschließen konnten.

Herr Keller entgegnet, dass noch Diskussionsbedarf bestehe und es mit dem Eckwertebeschluss um die Setzung der „Leitplanken“ gehe. Aufgabe der Stadtverordneten sei es, diese zu diskutieren und Anpassungen vorzunehmen. Frau Armbruster betont, dass am vergangenen Samstag deutlich geworden sei, dass die Verwaltung weiter am Haushaltsplanentwurf arbeiten werde. Die Verankerung der großen Stellschrauben müsse überdacht werden, wie z.B. der Klima- und Umweltschutz. Dabei gehe es um die Gewichtung dieser und um die Frage, wo nachjustiert werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob es realistisch sei, Ende Januar 2020 die Eckwerte zu beschließen, im Mai den Entwurf der Haushaltsplanung 2020/21 vorzulegen und diesen nach 4 Wochen im Juni verabschieden zu können. Er habe damit ein Problem und befürchte bei einer Verschiebung des Eckwertebeschlusses um 8 Wochen, dass Einzelprojekte thematisiert werden. Er wünsche sich mehr Zeit zur Diskussion nach der Einbringung des Doppelhaushaltes.

Der Oberbürgermeister plädiert an die Hauptausschussmitglieder, den Absprachen der Fraktionsvorsitzenden am Strategietag zu vertrauen. Unter der Maßgabe, dass die Verwaltung weiterarbeitet, könne der Termin gehalten werden; Einbringung im Mai und Beschluss im Juni vor der Sommerpause. Dieses wird von Herrn Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investition und Controlling, bestätigt, zumal die Ziffer 4 der Beschlussvorlage „weicher“ gefasst, das Thema Klima- und Umweltschutz im Vorbericht einfließen und als Querschnittsthema aufgenommen werde. Sollten im Januar materielle Änderungen erfolgen, dann sei der Termin gefährdet. In der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2019 werde er das zu Protokoll gegeben.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Beschlussvorlage 19/SVV/1174 **zur Kenntnis** zu nehmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Der Oberbürgermeister, schlägt vor, die eingereichten Fragen zur Einwohnerfragestunde wie folgt zu beantworten:

- **Frage 1** zum Thema „**Neuer Südübergang zwischen Berlin und Potsdam am Südufer des Groß Glienicker Sees**“ wird durch **Herrn Rubelt**, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, beantwortet.
- **Frage 2** zum Thema „**Zum geplanten Sportplatz am Lerchensteig**“ wird durch **Frau Aibel**, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport, beantwortet.
- **Frage 3** zum Thema „**Sanierung des Fußweges Franz-Mehring-Straße**“ wird durch **Herrn Rubelt**, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, beantwortet.

zu 6 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 6.1 **Durchfahrtsverbot für LKW**

Vorlage: 19/SVV/1212

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg zeigt sich überrascht über das Ergebnis der Prüfung und die Feststellung, dass der LKW-Verkehr in dieser Stadt kein Problem darstelle. In diesem Zusammenhang interessiere es ihn, ob es das LKW-Führungskonzept gebe und die allgemeine Zunahme des LKW-Verkehrs in dieser Stadt statistisch erfasst werde.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, bejaht die Anwendung des LKW-Führungskonzeptes und erörtert die weitere Vorgehensweise der Verwaltung. Herr Goetzmann, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung, ergänzt, dass der LKW-Durchgangsverkehrsanteil keine Quelle und kein Ziel in Potsdam habe und somit theoretisch vermeidbar sei. Mit Hilfe einer Kordonzählung wurde der Durchgangsverkehr festgestellt.

Nachzulesen sei dies unter: <https://www.potsdam.de/strukturanalyse-des-lkw-verkehrs-und-fortschreibung-des-lkw-fuehrungskonzepts>

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert, dass diese Mitteilungsvorlage nicht befriedigend sei und der Bezug zum LKW-Führungskonzept fehle. Er möchte dazu weitere Informationen der Verwaltung haben. Daraufhin entgegnet Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, dass der Auftrag lautete, eine ordnungsbehördliche Prüfung vorzunehmen, wozu die 3 Parameter, Straßenverkehrsordnung, Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan herangezogen wurden.

Anschließend wird die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis** genommen.

zu 6.2 **Sachstand - Uferweg Speicherstadt**

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, informiert, dass es im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes einen entsprechenden Bericht dazu geben werde. Der Oberbürgermeister bittet, die relevanten Teile schon jetzt den Hauptausschussmitgliedern vorzustellen. Frau Woiwode, Bereich Verkehrsanlagen, erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Uferwegeverlauf. Die Verwaltung hat sich dagegen ausgesprochen, den Uferweg provisorisch herzurichten, da insbesondere die Kampfmittelberäumung erst erfolgen könne, wenn die Grünfläche hergestellt wurde, die Stützwand sich in einem sehr schlechten Zustand befinde und die Schwenkbereiche des Krans mit schweren Lasten über die Querung von Fußgängern und Radfahrern führen. Sie erläutert anhand der Karte eine angemessene Alternative der Gehwegführung.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Woiwode für ihre Ausführungen und weist auf eine vertiefende Darstellung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes hin.

neu Ausschreibungstext Fachbereichsleitung 23

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aabel, stellt den Hauptausschussmitgliedern anhand einer Powerpoint-Präsentation den Ausschreibungstext für die Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport vor.

zu 7 Sonstiges

Herr Friederich fragt nach, ob alles proaktiv getan werde, um das RAW-Investment voranzubringen. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, antwortet, dass eine Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zum Durchführungsvertrag im Arbeitsprozess sei.

Herr Keller erinnert an seine Bitte, zur Strandbadverlegung und der Räumung des Vereinsgeländes des Seesportclubs zu berichten.

Frau Aabel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, führt diesbezüglich aus, dass sich der Verein sehr kooperativ verhalte. Insbesondere ging es um die Klärung der Fragen zur Interimszeit von 3 Jahren und der Räumung zum 31.12.2019. Der Zeitpunkt des Auszuges soll möglichst mit dem des Abrisses verbunden werden. Ein diesbezügliches Schreiben sei unterwegs. Als Zwischenlösung während der dreijährigen Bauzeit für den Verein und das Strandbad sei die Aufstellung von Containern vor Ort; Gespräche werden dazu mit dem Verein geführt.